

Städte rüsten sich für Gasmangel

Südwesten: Die Kommunen wollen selbst Energie einsparen

Von Hanna Spanhel

Stuttgart. Die Sorgen vor massiven Engpässen bei der Gasversorgung in Baden-Württemberg wachsen. Die Kommunen drängen deshalb auf mehr Anstrengungen beim Energie-sparen. Gemeinsam mit dem Land, den Kommunen und Verbänden wolle man „die Menschen dafür sensibilisieren, ab sofort alles dafür zu tun, Gas und auch Strom zu sparen“, sagte Gudrun Heute-Bluhm, Geschäftsführendes Vorstandsmitglied des Städtetags Baden-Württemberg.

„Es gibt vieles, was man zu Hause tun kann, ohne Lebensqualität einzubüßen.“ Schon ein Grad weniger bei der Raumtemperatur könne rund sechs Prozent der Energie sparen. Auch sparsame Duschköpfe seien sinnvoll, sagt Heute-Bluhm: „Wenn jeder etwas tut, bringt das natürlich etwas.“

Die Kommunen selbst wollen mit gutem Beispiel vorangehen – etwa durch Temperaturabsenkungen in Verwaltungsgebäuden oder mit weniger Warmwasser. Die Menschen im Land müssten aber darauf vorbereitet werden, dass Städte und Gemeinden Energie sparen müssen: „Das wird die Bevölkerung an vielen Stellen spüren: an kühleren Temperaturen in Schwimmbädern, Bibliotheken und anderen publikums-wirksamen Gebäuden zum Beispiel.“ Wichtig sei, die „richtigen Lehren“ aus der aktuellen Energiekrise zu ziehen – und etwa die Wärmewende aktiv voranzutreiben.

Unterdessen prüft das baden-württembergische Innenministerium, wie viel Gas Einrichtungen der kritischen Infrastruktur – etwa Kliniken – benötigen. Entsprechende Informationen sollen in ein „Hinweis-papier“ für die Kommunen fließen. Die SPD-Fraktion im Landtag fordert ein Energiegeld von 440 Euro für Menschen ohne oder mit nur wenig Einkommen. Die Mieten im Land seien ohnehin sehr hoch, sagte der Fraktionsvorsitzende Andreas Stoch. Solch ein Energiegeld würde das Land rund 44 Millionen Euro kosten – „eine Nachkommastelle im nächsten Haushalt“.



Schon ein Grad weniger Raumtemperatur spart Energie. BILD: HAUKE-CHRISTIAN DITTRICH/DPA

Bürgermeister muss zahlen

Justiz: Amtsgericht Bruchsal stellt Verfahren ein

Bruchsal. Weil Bad Schönborns Bürgermeister veranlasst hat, einen Ratstisch zu zerstören und einen nicht genehmigten Erdwall an der Bundesstraße zu errichten, muss er 15 000 Euro zahlen. Im Gegenzug stellte das Amtsgericht Bruchsal das Verfahren wegen Sachbeschädigung und Untreue gegen Rathauschef Klaus Detlev Hüge (SPD) am Montag ein. Das Geld gehe an den Ökumenischen Hospizverein im Landkreis Karlsruhe, wie Richter Regina Hintermayer sagte. Der Bürgermeister zeigte sich mit dem Ergebnis „fast zufrieden“.

Zuvor hatte der 60-Jährige Fehler in der Kommunikation zugegeben. Es sei falsch gewesen, den Gemeinderat nicht zu informieren, sagte Hüge. Mit der Einigung vor dem Amtsgericht ist der Streit in der Gemeinde noch nicht vom Tisch. Nach Angaben Huges gibt es gegen ihn noch ein Disziplinarverfahren. lsw



In den ersten zwei Klassen gibt es in der Grundschule noch keine Noten, das soll im Modellversuch auch für die Dritt- und Viertklässler gelten.

BILD: DPA

„Noten sind nicht sinnlos“

Es ist ein Reizthema: In Baden-Württemberg soll es in einem Modellversuch keine Noten mehr für die Grundschüler geben. Der Mannheimer Bildungsexperte Oliver Dickhäuser ist skeptisch

Von Walter Serif

Herr Dickhäuser, nächstes Schuljahr startet in Baden-Württemberg der Modellversuch „Grundschule ohne Noten“. Was halten Sie davon?

Oliver Dickhäuser: Mir fehlen noch Informationen, um eindeutig sagen zu können, ob das eine gute Idee ist. Klar ist aber, dass sich der Streit über die Bedeutung von Noten darauf konzentriert, welchen Wert Grundschulen legen auf die Lernförderung einerseits und die Überprüfung von Lernerfolgen durch Klassenarbeiten und Noten andererseits. Das ist eine wertvolle Debatte.

Aber?

Dickhäuser: Ich bin skeptisch, ob man einen guten Mix allein dadurch bekommt, dass man sagt: Wir verzichten jetzt auf Noten.

Schulen und Schüler haben besonders unter Corona gelitten. Lassen sich aus den vergangenen zwei Jahren Rückschlüsse auf die Lernkultur ziehen?

Dickhäuser: Ich finde schon. Gleich im ersten Jahr der Pandemie musste man sich die Frage stellen, wofür die wenige Präsenzzeit reserviert sein soll. Da gab es starke Stimmen aus Lehrerverbänden, die meinten, dass die Prüfungen Vorrang hätten. Man hat also gesehen: Präsenz als kostbares Gut wird reserviert für die Leistungskontrolle, nicht aber für die Unterrichtung der Schülerinnen und Schüler. Ich glaube, dass man daraus schon ableiten kann, dass ein gewisses Missverhältnis herrscht, das eben schon in der Grundschule anfängt.

In den ersten zwei Jahren gibt es keine Noten. Sie befassen sich ja viel mit dem kognitiven Denken. Kann man die Leistung von Kindern in der dritten oder vierten Klasse mit Zensuren bemessen?

Dickhäuser: Nicht alle Arten der Leistungen und Kompetenzen der Schülerinnen und Schüler eignen sich gleich gut. Aber in den Kernfächern ist eine valide Bewertung in Form von Noten schon möglich. Noten sind nicht sinnlos. Voraussetzung ist, dass die Lehrer den Schülern sagen, welche Erwartungen sie haben, und sie dann die Klassenarbeiten auch nach einem einheitlichen Schema korrigieren.

Meine Tochter hat Jura studiert, neben der Note gab es inhaltliche Kommentare ihrer Leistung. Zum Beispiel: Sie haben die Systematik drauf, Ihre Argumentation war aber nicht zwingend. Sollten nicht auch die Schulen ihre Notengebung mit einem entsprechenden Kommentar erweitern?

Dickhäuser: Das ist jedenfalls eine sehr gute Möglichkeit. Es gibt dazu auch empirische Studien, die zeigen, dass man die Wirkung von Leistungsrückmeldungen durch die Vergabe von spezifischen Kommentaren motivationsförderlich verbessern kann. Diese sollten zeigen, was die Schülerin oder der Schüler besonders gut und weniger gut kann. Die Kommentare sollten auch die Lernentwicklung deutlich machen. Die motivationsförderliche Wirkung sehen wir trotz der Vergabe von Noten. Zensuren sind also nicht automatisch ein Motivationskiller. Die Ziffer allein sagt aber nicht genug aus, deshalb sollte sie mit Kommentaren ergänzt werden.

Ist das für Sie ein Muss?

Dickhäuser: Nein, es gibt viele Möglichkeiten für Feedback. Zum Beispiel ein Gespräch im Unterricht darüber, was die Lernenden können und was eben noch nicht.

„Sechs, setzen!“ wäre Ihnen also zu unspezifisch?

Dickhäuser: Ja. Dieser lapidaren Rückmeldung kann ich nicht entnehmen, was ich jetzt genau falsch gemacht habe und warum ich mich schleunigst hinsetzen soll.

Das Problem bei der „Grundschule ohne Noten“ ist, dass nach der vierten Klasse die Entscheidung ansteht, wie es danach mit den Schülerinnen und Schülern weitergehen soll. Ausschlaggebend sind da ja normalerweise die Noten.

Dickhäuser: Ich weiß nicht, wie das dann gehandhabt werden soll. Die Schüler und die Eltern brauchen eine Orientierung. Bisher haben die Ziffern-Zeugnisse das in Teilen geliefert. Es müssen dann neue Instrumente her, wenn das nicht ein Blindflug werden soll. Die Berichtszeugnisse in Klasse 4 müssen dann so abgefasst werden, dass sich aus ihnen ableiten lässt, an welcher Schule es dann weitergehen könnte.

Welche Erkenntnisse lassen sich denn aus der Schulempfehlung ziehen, die in Baden-Württemberg ja nicht mehr verpflichtend ist?

Dickhäuser: Sehr interessante. Zum Beispiel, wie sehr der Wechsel an die weiterführende Schule mit dem Elternhaus verknüpft ist. Da gibt es eine soziale Koppelung

Ich hatte eine Empfehlung fürs Gymnasium. Die Lehrerin meinte, ich solle dennoch besser in die Realschule gehen. Ich stamme aus einem einfachen Arbeiterhaushalt.

Dickhäuser: Unabhängig von Ihrem persönlichen Erlebnis zeigen Untersuchungen, dass die soziale Koppelung bei verbindlicher Schulempfehlung geringer ist als dort, wo die Entscheidung in der Hand der Eltern liegt. Das heißt also, dass ein größerer Teil von Kindern aus sozial schwachen Familien aufs Gymnasium kommt, wenn es eine verbindliche Grundschulempfehlung gibt. Deshalb stellt sich die Frage, ob es klug war, diese in Baden-Württemberg abzuschaffen.

Die soziale Herkunft entscheidet aber unabhängig davon in der Regel über den Schulerfolg?

Dickhäuser: Das stimmt. Dieses Problem bleibt eine der großen Baustellen unseres Schulsystems. Das hat der aktuelle IQB-Bildungstrend mit den Daten der Grundschulen von 2021 bestätigt. Da sind wir in Deutschland auf keinem guten Weg.

Oliver Dickhäuser

Oliver Dickhäuser (51) wurde in Hemer (NRW) geboren. Er studierte Psychologie und Lehramt an der Uni Bielefeld.



Nach Stationen in Hildesheim, Gießen und Erlangen-Nürnberg ist er seit 2008 Professor für Pädagogische Psychologie an der Universität Mannheim. Er forscht zu motivationsförderlichen Leistungsrückmeldungen sowie zur Notenvergabe durch Lehrkräfte. WAS BILD: ANNA LOGUE

Ich war in der Schule ein fauler Hund, mein Abi war mit 2,7 auch nicht berauschend. Welche Aussagekraft hat das Zeugnis mit Blick auf den späteren Berufsweg?

Dickhäuser: Anhand der Abiturnote lässt sich spätere Leistung bis zu 25 Prozent prognostizieren. Das ist nicht wenig. Ganz so fehlerbehaftet scheint die Notengebung dann doch nicht zu sein.

Wirklich? Im Umkehrschluss heißt das: Bei 75 Prozent der Unterschie-de in späteren Erfolgen spielt die Abiturnote keine Rolle.

Dickhäuser: Das bestreite ich nicht. Es ist aber eben nicht so, dass die Abiturnote unbedeutend ist.

Noch mal zurück zum Modellversuch „Grundschule ohne Noten“. Ist dieser überhaupt aus wissenschaftlicher Sicht seriös?

Dickhäuser: Gute Frage. Ich denke, man kann aber ein paar Eckpunkte benennen, die berücksichtigt werden müssen, damit eine gute Evaluation herauskommt. Am Versuch beteiligen sich Schulen nur nach ihrem eigenen Willen und in Abhängigkeit von ihrem Engagement. Das sind also besondere Schulen. Man muss schauen, dass mit ähnlichen Schulen verglichen wird, oder Unterschiede statistisch kontrollieren.

Das wird mir zu speziell. Das Kultusministerium will bei dem Modellversuch auch eine gewisse regionale Streuung. Ist das sinnvoll?

Dickhäuser: Als Bildungsforscher würde ich sagen, das wäre für mich nicht so wichtig. Da spielen wahrscheinlich politische Gründe eine Rolle. Klar ist aber: Man kann jetzt nicht nur Schulen zum Beispiel aus bildungsbürgerlichen Sozialräumen nehmen. Die Milieus sollten unterschiedlich sein.

Dass nur Schulen teilnehmen, die das wollen, ist aber gut, oder? Die Verweigerer würden das notenfremde Lernen womöglich sabotieren – auf dem Rücken der Schüler.

Dickhäuser: Das sehe ich auch so. Wenn man eine Schule beteiligt, die von der Idee nichts hält, gibt man ja der Idee, selbst wenn sie gut wäre, keine Chance, ihr Potenzial in den Daten zu zeigen.

Weniger Tierhaltung für das Klima?

Umwelt: Emissionen in der Landwirtschaft sollen sinken

Von Hanna Spanhel

Stuttgart. Noch vor der Sommerpause wollte sich die grün-schwarze Landesregierung in Baden-Württemberg auf ein novelliertes Klimaschutzgesetz einigen – doch der Landwirtschaftsminister trägt Teile des Entwurfs nicht mit. Konkret geht es um Vorgaben zur Minderung von Treibhausgasen bis zum Jahr 2030 für einzelne Bereiche wie Landwirtschaft oder Verkehr, die sogenannten Sektorziele. Der Entwurf für das Gesetz befindet sich derzeit in der Ressortabstimmung, Minister Peter Hauk (CDU) aber blockiere momentan den Prozess, erfuhr diese Zeitung aus Regierungskreisen.

Aus dem Landwirtschaftsministerium heißt es dazu nur: „Die Entscheidung darüber, wie das Land die Klimaschutzziele in den Sektoren erreichen will, wird das Ergebnis des derzeit laufenden Abstimmungsprozesses.“ Man könne dem Ergebnis des Diskussionsprozesses nicht vorgreifen, sagte eine Sprecherin.

Ende Juni hat das Landesumweltministerium ein wissenschaftliches Gutachten präsentiert, das aufzeigt, wie viele Treibhausgasemissionen die einzelnen Sektoren einsparen müssen, damit das Land die gesetzlich verankerten Klimaziele erreichen kann. Den Berechnungen zufolge müssten die Emissionen in der Landwirtschaft bis 2030 um knapp 40 Prozent sinken – im Vergleich zum Jahr 1990. Wie ambitioniert das ist, zeigt der Blick zurück: Zwischen 1990 und 2019 sind sie um rund 20 Prozent zurückgegangen.

Viel Diskussionsbedarf

„Mit Blick auf die Treibhausgase ist die Tierhaltung der wichtigste Minderungshebel“, heißt es in dem Gutachten. Ein wesentlicher Teil der Emissionen in der Landwirtschaft nämlich entsteht bei der tierischen Verdauung – überwiegend durch Rinder und Milchkühe. Die Landesumweltministerin hat deshalb bereits deutlich für eine Reduktion der Tierbestände in Baden-Württemberg plädiert. In dem Gutachten wird ein Rückgang der Großvieh-Bestände von Milchkühen und Rindern um rund ein Viertel als notwendige Maßnahme veranschlagt.

Genau das stieß – so hörte man aus Regierungskreisen – bei Hauk, Minister für Ernährung, Ländlichen Raum und Verbraucherschutz, auf Widerspruch. Es gebe in vielen Bereichen „zum Teil noch erheblichen Diskussionsbedarf“, sagte Hauk. Er betonte: „Für den Erfolg des Klimaschutzgesetzes und das Erreichen unserer Klimaschutzziele brauchen wir eine breite Akzeptanz bei allen Akteuren, die wir jetzt nicht durch Vorfestlegungen gefährden dürfen.“ Das heißt: Niemand soll vor den Kopf gestoßen werden. „Die landwirtschaftlichen Betriebe machen gerade sowieso schon eine schwere Phase durch“, ergänzte ein Ministeriumssprecher.

Aus der CDU-Landtagsfraktion kam der Hinweis, dass die Tierbestände in Baden-Württemberg seit Jahren rückläufig seien – und nicht ausreichen, um den Verbrauch im Land zu decken. Hier die Tierbestände zu reduzieren und das Fleisch dann aus dem Ausland zu importieren, wo weniger auf Klimaschutz geachtet werde, würde nichts bringen, so der umweltpolitische Sprecher der Fraktion, Raimund Haser.



Die Tierhaltung trägt zu den Emissionen aus der Landwirtschaft bei. BILD: DPA